

# Koalitionsvertrag

A stylized illustration of two hands shaking in a firm grip. The hand on the left is green, and the hand on the right is blue. The hands are rendered with thick black outlines and are positioned centrally on the page.

zwischen  
**CAMPUSGRÜN**  
und dem  
**Ring Christlich Demokratischer Studenten**

Zur Bildung des Allgemeinen Studierendenausschusses  
in der 66. Legislatur des  
Studierendenparlamentes der  
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

## **Inhalt**

Präambel .....	3
1 Gemeinsame Grundsätze .....	3
2 Arbeitsbereiche .....	4
2.1 Vorstand .....	5
2.2 Finanzen.....	5
2.3 Hochschulpolitik .....	5
2.4 Kultur .....	6
2.5 Ökologie.....	7
2.6 Verkehr .....	8
2.7 Presse - und Öffentlichkeitsarbeit .....	8
2.8 Soziales .....	9
2.9 Politische Bildung .....	10
2.10 Studierendenwerk .....	11
3 Zusammenarbeit .....	11
3.1 Zusammenarbeit mit Anderen .....	11
3.2 Zusammenarbeit im AStA.....	11

## **Präambel**

Die diesen Koalitionsvertrag unterzeichnenden Gruppen nehmen den Auftrag der Wähler\*innen an. Das politische Mandat, welches der Koalition durch die Wahl zum 66. Studierendenparlament erteilt wurde und im Hochschulgesetz verankert ist, versteht sie als Aufgabe und Verpflichtung.

Die Koalition bekennt sich zu den im Grundgesetz verankerten Menschenrechten, sowie zum Wert der Freiheit und lehnt daher aktiv jede Form der Diskriminierung ab. Darunter fallen insbesondere solche Formen der Diskriminierung wie Sexismus, Rassismus, Xenophobie, Faschismus, Nationalismus, Antisemitismus, Homophobie, Transphobie, Lookismus und Formen der Benachteiligung von Behinderten oder aufgrund der sozialen Herkunft.

Um Menschen, die sich weder als männlich, noch als weiblich verstehen, sichtbar zu machen, wird der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) in der Außendarstellung sowohl in Sprache als auch in Schrift den Genderstern (\*) benutzen. Die Koalition erkennt die strukturelle Benachteiligung von Frauen und wird daher im AStA-Plenum eine genderquotierte Redeliste verwenden.

Für die Koalition ist die Demokratie als Grundprinzip selbstverständlich. Ein wichtiger Bestandteil der Demokratie ist das Partizipieren und die Ermöglichung der Partizipation. Wir sehen uns in der Pflicht, die Studierenden stetig über die Arbeit und Angebote des AStA zu informieren und sie hieran zu beteiligen. Studentisches Engagement soll daher selbstverständlich unterstützt und gefördert werden, sofern es nicht dem Interesse der Verfassten Studierendenschaft als solcher widerspricht.

Die Koalition setzt sich, insbesondere durch Positionierung zu hochschul- und wissenschaftspolitischen Fragen, für die Interessen aller Studierenden ein. Wir fordern von Seiten der Hochschule sich bei ihren Entscheidungen stets an den studentischen Bedürfnissen zu orientieren und diese zu berücksichtigen.

## **1 Gemeinsame Grundsätze**

Trotz der divergierenden Meinungen der vertragsschließenden Gruppen zum allgemeinpolitischen Mandat besteht Einigkeit dahingehend, dass der AStA sich in seiner Außendarstellung allgemeinpolitisch zu studentisch relevanten Themen positionieren wird. Zu anderen allgemeinpolitischen Themen kann sich der AStA unter Rücksichtnahme der jeweiligen Überzeugung der koalitions tragenden Gruppen grundsätzlich äußern. Näheres regelt ein internes Positionspapier.

### **Die Koalition**

- bezieht eine klare politische Position gegen Rechtsextremismus. Hierbei wird sie sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten aktiv im Kampf gegen Rechts engagieren.

- ist sich der prekären Lage auf dem Mainzer Wohnungsmarkt bewusst. Sie setzt sich mit ihren Mitteln bei den Verantwortlichen von Land, Stadt und Studierendenwerk für eine Verbesserung der Situation im Interesse der Studierenden ein. Dies soll insbesondere durch die Fortführung der Wohnkampagne in ihrer bisherigen Form geschehen. In diesem Rahmen sollen auch andere hochschulpolitische Akteure beteiligt und eingebunden werden.
- setzt sich außerdem weiter für ein bedarfsdeckendes und elternunabhängiges BAföG ein. Als Grundlage für die politische Forderung nach einer BAföG-Reform und bezahlbarem Wohnraum gilt die Beschlusslage des 65. Allgemeinen Studierendenausschusses.
- wird einen besonderen Fokus darauf legen die Studierenden externer Fachbereiche, wie der Universitätsmedizin, des Psychologischen Instituts und der Filmwissenschaft verstärkt in die Prozesse der Verfassten Studierendenschaft (VS) einzugliedern.
- begleitet den von der Universität begonnenen Prozess der Zusammenfassung von Semesterticket/ Studierendenausweis, Bibliotheksausweis und Mensakarte in Form einer „JoGu-Card“. Der AStA forciert im Rahmen seiner Möglichkeiten eine zeitnahe Umsetzung.
- bekennt sich zum jährlichen Sommerfest des AStA. Im Zuge der Jubiläumsfeierlichkeiten zur 70-jährigen Wiedereröffnung der Johannes Gutenberg-Universität (JGU) Mainz soll das Sommerfest eine herausgehobene Stellung einnehmen. Ziel ist hierbei eine studentische Ausgestaltung, sowie eine mindestens kostenneutrale Ausrichtung.
- ist sich der Bedeutung der LandesAStenKonferenz (LAK) bewusst. Sie sehen den AStA der Universität Mainz in einer besonders verantwortlichen Position zur Erarbeitung und Kommunikation von studentischen Interessen. Die Koalition einigt sich darauf, dass in dieser Legislatur der Wiedereintritt in den freien Zusammenschluss von studentInnenschaften e.V. (fzs) nicht umgesetzt wird.
- bekennt sich zur Verantwortung der Universität gegenüber der Gesellschaft. Darunter ist insbesondere auch die Verpflichtung zur Transparenz universitärer Einrichtungen gegenüber der Allgemeinheit zu verstehen, soweit sie sich nicht über Gebühr nachteilig auf die Kooperation von Universität und Drittmittelgeber\*innen auswirkt.
- setzt sich unter Berücksichtigung der universitären Kapazitäten dafür ein, dass Flüchtlinge am Bildungs- und Leistungsangebot der JGU teilhaben können.
- erkennt die Bedeutung ehrenamtlicher Tätigkeiten inner- und außerhalb der Universität an und setzt sich zum Ziel diese zu fördern. Darunter fällt ausdrücklich die Forderung nach einem 50 Stunden+ - Zertifikat, sowie die Schaffung einer Vermittlungsstelle für Ehrenamtsinteressierte und -anbieter\*innen.

## **2 Arbeitsbereiche**

Der AStA sieht sich mit all seinen politischen Referent\*innen als Gesamtheit und versteht daher alle Veranstaltungen, Aktionen und Positionierungen als Angelegenheit des gesamten AStA.

Sämtliche Arbeitsbereiche sind den Grundsätzen der Präambel in inneren und äußeren Tätigkeiten verpflichtet.

## **2.1 Vorstand**

Zu den Aufgaben des Vorstandes gehören insbesondere die Organisation der AStA-internen Arbeit, die Mediation zwischen den Arbeitsbereichen und der Kontakt zu den anderen Organen der Verfassten Studierendenschaft, sowie den politischen Hochschulgruppen. In der kommenden Legislaturperiode ist es die Aufgabe des Vorstandes, den Kontakt und die Vernetzung mit den Vertreter\*innen des Landes, der Stadt und der Hochschulleitung auszubauen, sofern dies nicht einem anderen Arbeitsbereich obliegt.

Darüber hinaus repräsentiert der Vorsitzende den AStA nach außen. Der Vorstand übt die Geschäftsführung des AStA aus und trägt die Verantwortung für die Angestellten des AStA. Bei den Aushandlungen von Kooperationsverträgen bindet er die betreffenden Arbeitsbereiche ein. Der Vorstand sieht sich als gleichwertigen Teil des gesamten AStA an.

## **2.2 Finanzen**

Der Arbeitsbereich für Finanzen achtet auf die Einhaltung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Er legt dem Studierendenparlament frühzeitig einen neuen Haushaltsentwurf vor. Der Arbeitsbereich ist federführend verantwortlich für die Einbringung einer Novellierung der Finanzordnung.

## **2.3 Hochschulpolitik**

Der Arbeitsbereich für Hochschulpolitik soll Studierende bei Problemen rund um ihr Studium unterstützen, Ansprechpartner sein und vermittelnd wirken. Ihm obliegt es außerdem aktiv studentische Positionen in die Landespolitik, die LandesAStenKonferenz, die universitären Gremien, sowie in die Gesellschaft und studentische Aktionsbündnisse einzubringen.

Besonders im Hinblick auf die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im März 2016 wollen wir diese Interessenvertretung der Mainzer Studierenden aktiv wahrnehmen. Dazu soll unter anderem ein Forderungskatalog mit studentischen Positionen an alle Parteien verfasst werden. Außerdem soll es eine neutrale Information zur Landtagswahl, sowie einen entsprechenden Wahlauf Ruf geben. Darüber hinaus fordern wir eine weitere Novelle des Hochschulgesetzes. Darin soll eine umfassende Demokratisierung der Hochschule in Form der Einführung einer paritätischen Besetzung der Hochschulgremien vorgesehen werden. Die Zweitstudiengebühren sollen abgeschafft werden.

Der AStA der JGU, vertreten durch den Arbeitsbereich Hochschulpolitik, übt nicht nur weiter bis zur Vollversammlung der Studierendenschaften im Wintersemester die Koordination der LandesAStenKonferenz (LAK) aus, sondern wird sich wieder um die Übernahme der

Koordination bewerben. Wir wollen hierzu die Pressearbeit weiter intensivieren, als LAK im Land präsent sein, uns bundesweit vernetzen und thematischen Input zu ihrer Mitgliederversammlungen liefern. Zur Landtagswahl 2016 soll die LAK außerdem Wahlprüfsteine erarbeiten und so allen Studierenden in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit zur neutralen Information über die zur Wahl stehenden Parteien ermöglichen. Das Thema Rheinland-Pfalz Ticket wollen wir zusammen mit dem Arbeitsbereich für Verkehr weiterhin in der LAK verfolgen.

Ein Arbeitsschwerpunkt wird im kommenden Amtsjahr der Bereich der Anerkennungspraxis sein. Insbesondere ausländische Bildungsabschlüsse und im Ausland erworbene Studienleistungen sollen im Rahmen des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) und des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) besser angerechnet werden können. Der Arbeitsbereich wirkt darauf hin, dass Veranstaltungen außerhalb der Prüfungsordnung in geeigneter Weise zertifiziert werden. Um den Zugang zu Veranstaltungsangeboten zu verbreitern, soll das Angebot der Frühjahrs- und der Herbstuniversität, sowie des Fremdsprachenzentrums ausgebaut werden. Die Nutzung der Angebote soll weiterhin kostenfrei sein.

Wir wollen eine gelebte Willkommenskultur auch auf dem Campus. Die koalitionstragenden Gruppen setzen sich unter Berücksichtigung der universitären Kapazitäten dafür ein, dass Flüchtlinge am Bildungs- und Leistungsangebot (z.B. Mensa- und Computernutzung) der JGU teilhaben können. Eine Möglichkeit sieht die Koalition in der Ermöglichung des Status einer Gasthörerschaft.

Bestehende Initiativen von Studierenden, die ehrenamtlich Flüchtlingen Deutsch beibringen, werden wir unterstützen und ausweiten. Dazu wollen wir uns auch mit der LAK und vor allem dem Fachbereich 06 in Germersheim vernetzen.

Der Arbeitsbereich setzt sich für die weitgehende Abschaffung von Anwesenheitspflichten ein. Den Studierenden muss die Möglichkeit gegeben werden, den Kompetenzerwerb individuell zu gestalten.

Der Arbeitsbereich für Hochschulpolitik wird sich dem freien Zugang zum Master-Studium widmen. Es gilt darauf hinzuwirken, dass die Masterkapazitäten ausgebaut, sowie bestehende willkürliche Zulassungsbeschränkungen abgebaut und geplante verhindert werden.

## **2.4 Kultur**

Der Arbeitsbereich für Kultur ist für die Gestaltung studentischer Kultur auf dem Campus verantwortlich.

Um kulturelle Angebote besser bewerben zu können, werden wir in Abstimmung mit dem Arbeitsbereich Presse den Social-Media-Auftritt überarbeiten.

Hauptveranstaltungsort der Abendgestaltung wird aufgrund des Kooperationsvertrages weiterhin das Kulturcafé bleiben. Aufgrund der Erfahrung der letzten Jahre besteht Bedarf das Konzept zu evaluieren.

Eine projektbezogene Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Baron, sowie dem Haus Mainusch wird angestrebt, um die kulturelle Vielfalt auf dem Campus zu erhalten und zu fördern.

Die Kooperation mit dem Staatstheater bezüglich des Theater-Tickets soll weiterhin erhalten bleiben. Eine Erweiterung des kulturellen Angebots wird angestrebt, sofern dadurch keine nennenswerten Mehrkosten für die Studierendenschaft entstehen.

Um das kulturelle Angebot auf dem Campus zu erweitern, werden wir die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Hochschulgruppen suchen.

Der AStA bekennt sich klar zum studentischen Sommerfest. Auch die Semestereröffnungsfete (SÖF) soll weiter Bestand haben. Diesbezüglich werden wir strukturelle Änderungen evaluieren, sowie ein neues Sicherheitskonzept mit der Universität erarbeiten.

Des Weiteren wird sich der Arbeitsbereich für Kultur aktiv an der Verwirklichung der Studentsweek beteiligen.

Der Arbeitsbereich evaluiert ein alternatives Konzept zu Veranstaltungen im Deck 3.

## **2.5 Ökologie**

Das Referat für Ökologie setzt sich für die Sensibilisierung und Aufklärung der Studierenden über ökologische und nachhaltige Belange auf dem Campus ein. Im Fokus stehen hierbei die Durchführung von informativen Vortragsreihen, Workshops und Aktionen zu unterschiedlichen Themenfeldern. Beispielsweise fallen hierunter die Weiterführung der Postwachstumsreihe und Kochabende.

Wir fördern den Wandel hin zu einer ökologischen und solidarischen Gesellschaft. Dahingehend setzen wir uns weiterhin für die Umsetzung einer nachhaltigen Energieversorgung ein. Diese wollen wir durch die Zusammenarbeit mit der Universität konstruktiv gestalten.

Unser Ziel ist es, das Ideal eines „Umweltcampus“ zu erreichen. Das Referat wird das Alltagsgeschäft des ursprünglichen Ökologie Referats evaluieren und auf dieser Grundlage fortführen. Insbesondere setzen wir uns für die effektive Nutzung des Campus Gartens und die Einführung bzw. Weiterführung verschiedener AGs ein (z.B. der Tierrechts AG).

Im Fokus stehen ferner die Umsetzung eines Food-Sharing-Systems, die Einführung eines regelmäßigen Campus Marktes zur Förderung von regionalen und saisonalen Produkten und die Förderung der Müllvermeidung und -trennung am Campus.

Des Weiteren arbeiten wir auf eine ökologische und bezahlbare Mensa hin. Insbesondere legen wir Wert auf die Umsetzung eines größeren alternativen veganen, vegetarischen und

allergiker\*innen-freundlichen Tagesangebots. Schließlich wollen wir uns durch die Gestaltung von mehr Grünflächen auf dem Campus für eine grüne und freundliche Atmosphäre einsetzen.

## **2.6 Verkehr**

Der Arbeitsbereich für Verkehr ist für die Betreuung des Semestertickets zuständig. Hierunter fällt auch der stetige Austausch mit den Verkehrsverbänden und den einzelnen Verkehrsbetrieben. Der Arbeitsbereich stellt zudem den reibungslosen Ablauf der Rückerstattung sicher und zeichnet sich verantwortlich für die rechtzeitige Zahlenmeldung und Rechnungsbegleichung gegenüber den Verkehrsverbänden.

Die Nutzung und Förderung öffentlicher Verkehrsmittel, sowie das Fahrrad als Alternative zum PKW führen zu einem ressourcenschonenden Umgang mit unserer Umwelt. Die einheitliche und übersichtliche Kennzeichnung der Fahrradwege auf dem Campus, die Verbesserung von Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, sowie die Einführung von autofreien Zonen und dem Ausbau von MVGmeinRad-Stationen auf dem Universitätsgelände erachtet die Koalition daher als wichtigen Schritt.

Für die Einführung der „JoGu-Card“ werden die Gespräche mit den einzelnen Institutionen (Studierendensekretariat, Zentrum für Datenverarbeitung, Universitätsbibliothek, Studierendenwerk) intensiviert um dem Wunsch der Studierenden zu entsprechen. Das Projekt hat für die Koalitionspartner\*innen hohe Priorität und ist ein Kooperationsprojekt mit dem Arbeitsbereich Studierendenwerk.

Das Semesterticketgebiet wird in seiner jetzigen Form erhalten. Ausweitung auf das gesamte Landesgebiet Rheinland-Pfalz wird angestrebt. Die Koalitionspartner\*innen sind sich einig, dass der Kostenfaktor dabei eine entscheidende Rolle spielt.

Die Koalition sieht in der Mobilität der Studierenden eine wichtige Aufgabe. Um diese auch finanziell zu ermöglichen, wird eine Kooperation mit Fernbus-Unternehmen forciert.

Der Arbeitsbereich für Verkehr strebt die Ausweitung des Carsharing-Angebots speziell für Studierende an.

## **2.7 Presse - und Öffentlichkeitsarbeit**

Der Arbeitsbereich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit versteht sich als professionelles Sprachrohr der Koalition gegenüber der Öffentlichkeit. Durch seine Arbeit soll die Diskussion über bildungspolitische und studentische Themen gefördert und die Partizipation gesichert und erhöht werden.

Ein wesentliches Ziel des Arbeitsbereiches ist es, den Bekanntheitsgrad des AStA, sowie der VS insgesamt zu steigern. Dafür soll die Außendarstellung und Öffentlichkeitsarbeit des AStA grundlegend erneuert werden und die Bewerbung von Veranstaltung ggf. zusammengeführt, sowie klar verbessert werden.

Um das Interesse zu erhöhen, setzt sich der Arbeitsbereich das Ziel, der Arbeit des AStA einen höheren Wiedererkennungswert zu verleihen. Dies soll unter anderem durch ein einheitliches Design erreicht werden.

Zusätzlich wird das laufende Tagesgeschäft des Referats beibehalten und verbessert. Zu diesem gehören beispielsweise Pressemitteilungen, die kleine Riesin, Hochschulgruppenmesse, Ersti-Tüten, Fotos, der regelmäßige Infobrief und die Verwaltung der Plakatierwände des AStA.

Andere Arbeitsbereiche, sowie autonome Referate werden bei ihren Projekten durch den Arbeitsbereich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Ebenso unterstützt der Arbeitsbereich die Hochschulgruppen der JGU bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit.

Die UniPress ist die Zeitung der VS. Alle Studierende können darin Artikel und Beiträge veröffentlichen. Das Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit beteiligt sich daran federführend.

Die bisherige Zusammenarbeit mit CampusMainz wird evaluiert und dahingehend angepasst. Bei Bedarf wie beispielsweise bei der Gestaltung der Homepage oder sonstigen Design-Fragen kann der Arbeitsbereich ausdrücklich externe Expert\*innen hinzuziehen.

## **2.8 Soziales**

Die Frage der Studienfinanzierung ist neben den formalen Zulassungsbeschränkungen die größte Hürde bei der Aufnahme, Fortführung, aber auch bei dem erfolgreichen Abschluss eines Studiums. Deshalb fühlen sich die Koalitionspartner\*innen in ihrer allgemeinen Ausrichtung besonders sozialpolitischen Themen verpflichtet.

Der Arbeitsbereich für Soziales wird neben einem verstärkten Hilfs- und Beratungsangebot auch öffentlichkeitswirksam, sofern studierendenrelevant, zu diesen Prozessen Stellung nehmen und in positiver Weise auf sie einwirken.

Um eine möglichst umfassende, fundierte und effiziente Beratung bieten zu können, soll verstärkt mit den Autonomen Referaten des AStA, dem Studierendenwerk und dem AStA der Fachhochschule Mainz zusammengearbeitet werden.

Zu den allgemeinen Aufgaben des Sozialreferats zählen:

- Vergabesprechstunden des Hilfsfonds, um Studierenden in Not zu helfen
- BAföG Beratung innerhalb der Sprechstunden, sowie Unterstützung der Studierenden bei sonstigen universitären Problemen
- Vertretung des AStA im Vergabeausschuss des Studierendenwerkes
- Fortführung des Kooperationsvertrages mit der Psychotherapeutischen Beratungsstelle

- Fortführung der Rechtsberatung, sowie Angliederung der Mietrechtsberatung
- Evaluation und Neuausrichtung der Schuldner\*innenberatung
- Regelmäßige Teilnahme der Sozialreferent\*innen an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen

Ferner obliegt dem Arbeitsbereich für Soziales die Durchführung einer Wohnkampagne, um auf die Wohnraumproblematik der Studierenden in Mainz aufmerksam zu machen. Zudem ist er gemeinsam mit dem Referat für Hochschulpolitik an Prozessen rund um das BAföG beteiligt. Beides erfolgt auf Grundlagen der Beschlüsse des 65. Allgemeinen Studierendenausschusses.

Neben den bestehenden Aufgaben setzt sich das Sozialreferat zum Ziel das Beratungsangebot, sowie sonstige Unterstützungsleistungen auszuweiten. Darunter zählen unter anderem:

- Evaluation bzgl. einer Ausweitung der Rechtsberatung und Mietrechtsberatung
- Evaluation bzgl. einer Ausweitung des Kooperationsvertrages mit der Psychotherapeutischen Beratungsstelle
- Einführung unabhängiger Versicherungsberatungen für Studierende
- Vermittlung von Ehrenamtsstellen und Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit durch die Universität (50+ - Zertifikat)
- Stärkere Vernetzung mit sozialen Projekten, Vereinen und Einrichtungen in Mainz
- Stärkere Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit Presse

## **2.9 Politische Bildung**

Der Arbeitsbereich für politische Bildung beschäftigt sich kritisch mit tagesaktuellen und allgemeinen politischen Themen. Der gesellschaftliche Status Quo soll analysiert werden, Probleme benannt und Perspektiven aufgezeigt werden, um so zu einer pluralistischen und sachlich-abgewogenen Meinungsbildung aktiv beizutragen. In Form von beispielsweise Podiumsdiskussionen oder politisch-kulturellen Abenden soll über das Semester hin eine Bandbreite aus Perspektiven zu diversen Thematiken gewährleistet werden. Das Vorgetragene soll im Anschluss in einem gesonderten Heft publiziert werden.

Zudem will der Arbeitsbereich für politische Bildung autonome Tutorien implementieren und somit interessierten Referent\*innen Ressourcen und eine Plattform bieten. Ziel ist der eigenständige Austausch von Themen in Kleingruppen.

Ein besonders wichtiges Anliegen ist weiterhin die Arbeit gegen jegliche Form der Diskriminierung, von der Bandbreite verbal-offensiv bis latent-subtil.

Ferner gehört zur Arbeit des Arbeitsbereiches die Unterstützung und Zusammenarbeit von Hochschulgruppen und den Autonomen Referaten, die sich kritisch mit gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Themen auseinandersetzen. Sie sollen in die Programmplanung des Arbeitsbereiches eingebunden werden.

Zudem ist die Wiederaufnahme der Teilnahme am „festival contre le racisme“ und an den bundesweiten Aktionstagen gegen Homophobie und Rassismus ein weiteres Anliegen.

## **2.10 Studierendenwerk**

Der Arbeitsbereich Studierendenwerk stellt die Schnittstelle zwischen dem Studierendenwerk Mainz und dem AStA dar. Ziel ist es die Vernetzung derer zu vereinfachen.

Er ist die Anlaufstelle für Wohnheimbewohner\*innen bei jeglichen Problemen mit dem Studierendenwerk und unterstützt das Wohnheimparlament bei seiner Arbeit.

Wichtig ist eine intensive Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat, dem Wohnheimparlament, sowie den Wohnheimvertretungen.

Für die Einführung der „JoGu-Card“ werden die Gespräche mit den einzelnen Institutionen (Studierendensekretariat, Zentrum für Datenverarbeitung, Universitätsbibliothek, Studierendenwerk) intensiviert, um dem Wunsch der Studierenden zu entsprechen. Das Projekt hat für die Koalitionspartner\*innen hohe Priorität und ist ein Kooperationsprojekt mit dem Arbeitsbereich Verkehr.

Der Arbeitsbereich wird sich insbesondere für den Ausbau einer Job- und Karrierebörse einsetzen.

Des Weiteren strebt er die Erweiterung des Datenschutzes an, insbesondere im Bezug zu AutoLoad und den Wohnheimsbetrieb.

## **3 Zusammenarbeit**

### **3. 1 Zusammenarbeit mit Anderen**

Die Koalition dient in ihrer personellen Besetzung und mit ihrer inhaltlichen Ausgestaltung der Gesamtheit aller Studierenden an der JGU.

Daher strebt sie eine gute und kollegiale Zusammenarbeit im und mit dem Studierendenparlament, dem Studierendenwerk, sowie eine enge Vernetzung mit universitären Gremien, wie beispielsweise dem Senat, an.

Die Koalition bekennt sich zum selbstverwalteten Haus Mainusch und der Wagenplätze. Sie schätzt den kulturellen Beitrag und setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für deren Erhalt ein.

### **3. 2 Zusammenarbeit im AStA**

Die Koalitionspartner\*innen sind sich einig, dass Grundlage jeder kontroversen Diskussion der respektvolle Umgang miteinander ist. Dabei ist insbesondere zwischen der politischen

Meinung und dem Menschen der hinter ihr steht zu unterscheiden. Es ist Auftrag jede\*r Referent\*in an einem harmonischen Arbeitsklima mitzuwirken, das von Achtung und Verständnis füreinander geprägt ist.

Insbesondere ist dies für eine fruchtbare Zusammenarbeit im Plenum unerlässlich. Ziel der Koalitionspartner\*innen ist es daher, die aktuelle Geschäftsordnung zu evaluieren und dahingehend zu ändern.

Der offizielle Emailverkehr zwischen Referent\*innen gilt lediglich dem Informationsaustausch, sowie der ausführlichen Begründung von Anträgen. Für die Klärung persönlicher Differenzen soll dieser Kommunikationskanal nicht genutzt werden.

Die Koalitionspartner\*innen treten als AStA gemeinsam im Studierendenparlament auf. Sie sind sich einig, dass hierfür ein Treffen vor jeder Sitzung des Studierendenparlaments notwendig ist, um über die anstehenden Tagesordnungspunkte zu sprechen.

Um alle Gruppenmitglieder der Koalitionspartner\*innen einzubinden und den regen Ideenaustausch zu stärken, findet monatlich ein gruppenübergreifendes Treffen statt.

Der AStA arbeitet mit seinen Angestellten in einem kollegialen Verhältnis zusammen. Alle Beschäftigten des AStA haben das Recht, aufkommende Probleme und Belange gegenüber dem gesamten AStA zu vertreten. Die Koalition wird den Arbeitsplatz der Beschäftigten auf Grund der langjährigen Beschäftigung und Mitwirkung sichern.

Die Autonomie der Referate für die Belange ausländischer Studierender, behinderter und chronisch kranker Studierender, aller Frauen (inkl. der Frauenbibliothek), schwuler Männer, Eltern und der Fachschaften wird von den vertragsschließenden Gruppen nachdrücklich anerkannt. Bei vom AStA geplanten Projekten, die sich inhaltlich mit der Arbeit der Autonomen Referate überschneiden, wird eine enge Zusammenarbeit angeboten. Der AStA bietet den autonomen Referaten die Möglichkeit, die Infrastruktur des Arbeitsbereichs für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen.

Die Koalitionspartner\*innen erarbeiten ein Positionspapier, in welchem die genannten Punkte hinsichtlich einer harmonischen Zusammenarbeit spezifiziert werden.

Mainz, den 8. Juli 2015

Für CampusGrün:

---

Carina Beck

---

Thomas Weidmann

---

Furat Abdulle

Für den Ring Christlich Demokratischer Studenten

---

Dominik Geiger

---

Katharina Olkis

---

Umut Günc